

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Entwicklung eines „Science-Park“ bei der International University Bremen**

Das Land Bremen hat die Gründung und Entwicklung der „International University Bremen“ (IUB) auf dem ehemaligen Gelände der Kaserne in Grohn politisch befördert und die ersten Jahre des Aufbaus durch einen vorab gezahlten Zuschuss von 230 Mio. DM finanziell ermöglicht. Die IUB hat dadurch die Möglichkeit erhalten, bis 2005 das Stiftungskapital zu sammeln, das ihr auf Dauer einen Betrieb ohne staatliche Zuschüsse möglich machen muss. Sie ist gegenwärtig in dieser Phase eines ambitionierten Aufbaus durch bauliche Investitionen, durch die schrittweise Einstellung von Professorinnen und Professoren, durch die stetige Ausweitung der Studierendenzahlen.

Die IUB ist in ihren hohen wissenschaftlichen Ansprüchen und ihrer konsequenten internationalen Ausrichtung eine große Chance für den Wissenschaftsstandort Bremen insgesamt und für die Region Bremen-Nord. Das gilt für den Wissenschafts- und Studienbetrieb auf dem Campus selbst; das gilt darüber hinaus, indem Möglichkeiten geschaffen werden für Ausgründungen von Hochschulangehörigen oder Absolventen und für Kooperationen mit Unternehmen und Instituten, die die inhaltliche und räumliche Nähe mit renommierten wissenschaftlichen Einrichtungen suchen. Daher war die Entwicklung eines „Science-Park“ Bestandteil der staatlichen Entscheidungen zur Unterstützung der IUB. Als Gelände hierfür war der „Oeversberg“ vorgesehen, das zurzeit als Sport- und Freizeitgelände genutzt wird. Den Sportvereinen, die heute dort Nutzer sind, wurde ein qualitativ und quantitativ gleichwertiger Ersatz zugesagt.

Seit Abschluss des Vertrages zwischen dem Land Bremen und IUB 1999 ist es dem Senat nicht gelungen, mit den betroffenen Sportvereinen zu einer einvernehmlichen Lösung über gleichwertige Flächen im Fall einer Räumung des „Oeversberg“ zu kommen. Die wechselnden Vorschläge und wachsender Druck haben im Stadtteil im Gegenteil zu einem wachsenden Engagement für den Erhalt des „Oeversberg“ als Ort für Sport, Erholung und Freizeit – vor allem der Jugend – geführt. Bei der Suche nach Alternativen für einen möglichen Standort für den „Science-Park“ sind dabei verschiedene Flächen ins Gespräch gebracht worden, die 1999 zum Teil noch nicht zur Debatte stehen konnten. Die Forderung von Beratern, Bürgerinitiativen und Sportvereinen nach einer unvoreingenommenen Prüfung solcher Alternativen ist bisher nicht aufgenommen worden. Die zunächst positive Haltung und Erwartung in Bremen-Nord gegenüber der IUB hat sich seither in großen Teilen der Stadtteilöffentlichkeit in Skepsis bis Ablehnung verkehrt. Das ist eine bedauerliche Entwicklung.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass die Gründung und der schrittweise Aufbau der IUB in Bremen-Grohn eine große Chance für das Land und vor allem für die Region Bremen-Nord ist, wenn die IUB und die Stadt sie gemeinsam ergreifen. Die IUB und Bremen sind gemeinsam in der Pflicht, dass die IUB und ihre nähere und weitere Nachbarschaft sich nicht abgeschlossen oder gar gegeneinander entwickeln, sondern sich füreinander öffnen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Planungen für einen „Science-Park“ im Umfeld der IUB weiter zu verfolgen, um in dem Maße, wie sich mit dem Aufbau und der Konsolidierung der IUB die reale Möglichkeit für ein solches Umfeld entwickelt, Flächen dafür anbieten zu können.
 - Dabei soll zunächst geprüft werden, welche Möglichkeiten es gibt (unter anderem durch Gespräche mit dem Bund als früherem Eigentümer), den nördlichen, bisher nicht beplanten Teil des ehemaligen Kasernengeländes zumindest zeitweise für ein Gründerzentrum oder für Kooperationen mit Dritten zu nutzen.
 - Ferner soll geprüft werden, in welcher Weise das nördlich anschließende Gelände zwischen IUB und dem Grundstück des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der Steingut in die Planungen einbezogen werden und mit diesem Grundstück, das bereits im Besitz der BIG ist, den ersten Kern eines „Science-Park“ bilden kann.
 - Nach Konsolidierung der IUB auf eigener Grundlage, nach Erfahrungen über die Potentiale der IUB für Ausgründungen und Kooperationen mit wissenschaftsnahen Unternehmen und Instituten ist eine erneute Prüfung vorzunehmen, ob sich für die Weiterentwicklung eines „Science-Park“ weitere Möglichkeiten in nördlicher/nordwestlicher Richtung ergeben oder ob eine Ansiedlung auf dem „Oeversberg“ wieder ernsthaft geprüft und dabei die Chancen wissenschaftlicher und ökonomischer Entwicklung mit dem hohen Wert des Geländes für die Bevölkerung neu abgewogen werden müssen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet die IUB zu prüfen, inwieweit durch gemeinsame Nutzung von Einrichtungen (z. B. für den Sport) durch Studierende und Nordbremer Bürgerinnen und Bürger auf dem Gelände der IUB oder in seiner Nähe - bei Wahrung des Campus-Charakters der IUB - Kontakte und gute Nachbarschaft sich sinnvoll verbessern lassen können.

Dr. Kuhn,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen